



Dr. Markus Tidten ist in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig. Von 1985 bis 1992 leitete er das Auslandsbüro Tokio der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## DEUTSCHLAND UND JAPAN

### FÜHRENDE ZIVILMÄCHTE ODER GEFÜHRTE MITTELMÄCHTE?

*Markus Tidten*

Zwei aktuelle Ereignisse – wiewohl auf den ersten Blick scheinbar ohne Zusammenhang – unterstreichen die Bedeutung der deutsch-japanischen Beziehung und zeigen, weswegen es dringlich ist, sie weiter konstruktiv auszubauen. Mit dem Besuch des Bundespräsidenten in Japan, dessen Länge und Intensität deutlich den üblichen protokollarischen Rahmen solcher Staatsbesuche sprengte, dokumentiert Deutschland ein besonderes Vertrauen in Japan. Im 150. Jahr der bilateralen Beziehungen ist dies ein Zeichen großer Wertschätzung für ein Land, das inmitten einer übermenschlich erscheinenden Wiederaufbauanstrengung nach der Jahrhundert-Katastrophe vom 11. März steckt.

Das zweite Ereignis umreißt den strategischen Ansatz beider Länder für eine pragmatische Kombination zwischen existenzsichernder Partnerschaft und entwicklungspolitischem Engagement. Vom 12. bis 13. Oktober besuchte Angela Merkel erstmals als deutsche Bundeskanzlerin die Mongolei. Bereitstellung von Technik zum Abbau der reichen Ressourcen des Landes, insbesondere den seltenen Erden, und Teilhabe an deren Nutzung sowie Verträge zur Ausbildung von Teilen des mongolischen Militärs für deren Einsatz als Blauhelme waren die wesentlichen Inhalte des Staatsbesuches. Die Mongolei, geographisch und politisch zwischen Russland und China „eingeklemmt“, sieht als freies demokratisches Land seine Zukunft im Aufbau von Wirtschaftskontakten mit den USA, Europa, Japan und Südkorea. Eine entwicklungspolitische deutsch-japanische Partnerschaft kann ein gewichtiger und nachhaltiger Beitrag für ein großes, aber bevölkerungsarmes Land wie die Mongolei sein. Die Förderung seiner wirtschaftlichen

und politischen Unabhängigkeit von seinen beiden mächtigen Nachbarn China und Russland erfordert fairen Wettbewerb nach rechtstaatlichen Prinzipien. Diese Prinzipien teilt Deutschland in der Region neben Südkorea besonders mit Japan.

## **DEUTSCH-JAPANISCHE BEZIEHUNGEN – EIN RÜCKBLICK**

Viele Japan-Interessierte in Deutschland und Deutschland-Interessierte in Japan haben seit Januar das Bestehen von 150 Jahren diplomatischer Beziehung gefeiert. Eigentlich begann alles mit preußischem „Möchtegern-Gehabe“ und japanischem Pragmatismus. Historischer Hintergrund der Feiern in diesem Jahr ist der vom Königreich Preußen, vertreten durch Graf Eulenburg, am 24. Januar 1861 abgeschlossene „Vertrag über Freundschaft, Handel und Schifffahrt mit Japan“.<sup>1</sup> Wenngleich die Anfänge und auch Motive des Vertrages eher im Wettstreit aufstrebender europäischer Mächte und der USA und ihrem Wunsch nach freiem Zugang zu Häfen weltweit anzusiedeln sind, gilt der Vertrag als Beginn einer bis heute andauernden gegenseitigen Hochachtung und Wertschätzung. Der Geist des Vertrages hat offenbar sowohl die kurzzeitige Gegnerschaft beider Länder im Ersten Weltkrieg<sup>2</sup> wie auch jene tragische Waffenbrüderschaft der Achsenmächte Japan, Deutschland

**Historischer Hintergrund der Feiern in diesem Jahr ist der vom Königreich Preußen, vertreten durch Graf Eulenburg, am 24. Januar 1861 abgeschlossene „Vertrag über Freundschaft, Handel und Schifffahrt mit Japan“.**

- 1 | Vgl. Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes Band 1870, Nr. 1, 1-24, in der Fassung vom 20.02.1869, Bekanntmachung am 14.01.1870. Der in Berlin im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz aufbewahrte Vertrag in niederländischer, deutscher und japanischer Sprache ist das einzige noch existierende Dokument, nachdem das japanische Pendant höchstwahrscheinlich bei einem der zahlreichen Großbrände in Folge des großen Kanto-Erdbebens vom 1. September 1923 vernichtet wurde.
- 2 | Ursprünglich von Preußen im Zusammenhang mit der Graf-Eulenburg-Mission erworben, wurde die Kolonie Tsingtau nach Beginn des I. Weltkrieges vom damaligen Kriegsgegner Japan erobert. Viele der deutschen Verteidiger wurden danach als Kriegsgefangene nach Japan verbracht, unter anderem auch in das berühmte Lager Bando auf Shikoku, die kleinste der vier Hauptinseln Japans. Hier führten die Lagerinsassen Beethovens Neunte Symphonie auf, der Beginn jener Tradition, nach der in Japan bis heute zum Jahreswechsel dieses Konzert gegeben wird.

und Italien zu Beginn des vorigen Jahrhunderts wohlbehalten überstanden. Auch die Tatsache, dass damals vor 150 Jahren in Edo, dem heutigen Tokio, nur das Japanische und das Holländische als juristisch verbindliche Sprachen galten<sup>3</sup>, wird heute eher als vernachlässigbarer Schönheitsfehler betrachtet. Deutsch als Sprache und Deutschland spielten zu jener Zeit in Japan keine Rolle. Das gereichte Graf Eulenburg zum Verdruss, denn er war eigentlich mit dem Auftrag ausgezogen, den Vertrag für alle damaligen deutschen Länder, also den Mitgliedern des Deutschen Bundes<sup>4</sup>, abzuschließen. So behielt letztlich Preußen dennoch eine Art Generalvertretungsrecht für die Mitglieder des Deutschen Bundes.

### DER AUFBRUCH IN DIE NEUZEIT

**Beide deutsche Staaten genossen in Japan hohe Anerkennung. Wohl in keinem Land in Asien wurde die deutsche Wiedervereinigung mit so viel Anteilnahme mitgefeiert wie in Japan.**

Nach den für beide Länder katastrophalen Verwicklungen in den Zweiten Weltkrieg – in Japans Region spricht man vom Pazifischen Krieg – genossen beide deutsche Staaten während des Kalten Krieges hohe Anerkennung in Japan. Wohl in keinem Land in Asien wurde dann die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten mit so viel Emotion und Anteilnahme mitgefeiert wie in Japan. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der Bundesrepublik Deutschland bestehen wieder seit 1951. Zur DDR

- 3 | Das Holländische war in jener Zeit praktisch die ausländische Amtssprache, die für alle in japanischen Häfen ankommenden ausländischen Delegationen galt, was dem besonderen Verhältnis der Holländer zu Japans Shogunen zu verdanken war. Dolmetschen in andere europäischen Sprachen geschah immer über Holländisch als Relaisprache.
- 4 | Auftrag der so genannten preußischen Eulenburg-Mission von Dezember 1859 bis Oktober 1862 war es, für alle 38 Mitgliedsstaaten des seit 1815 auf Beschluss des Wiener Kongresses ins Leben gerufenen Deutschen Bundes (34 Fürstentümer und die vier freien Städte Bremen, Frankfurt, Hamburg und Lübeck) Handels- und Schifffahrtsverträge mit Japan, China und Siam (das heutige Thailand) abzuschließen. Die japanische Shogunatsregierung verweigerte allerdings hartnäckig derartige „Stellvertreterverträge“, argumentierend, dass Staatsverträge nur zwischen Herrschern möglich sind. Erst nachdem es Graf Eulenburg in mühsamen Gesprächen gelungen war, seine Verhandlungspartner von seiner Autorisierung durch den preußischen König zu überzeugen, gelang es, wenigstens mit Preußen diesen Vertrag zu schließen. Vgl. Gerhard Krebs (Hrsg.), *Japan und Preußen*, Monographien des Deutschen Instituts für Japanstudien, Bd. 32, 2002, 77 ff.

nahm man 1973 diplomatische Beziehungen auf. Unter Nostalgikern in Japan wurde die Stimmung der Wiedervereinigungsfreude oft in frappierend pragmatische Worte gefasst wie etwa, „wir mögen Deutschland so sehr, bisher hatten wir zwei deutsche Länder, schade, dass es jetzt nur noch eines gibt“.

Mittlerweile ist die Bundesrepublik Deutschland größter Handelspartner Japans in der Europäischen Union. 2008 wurden aus Japan Waren im Wert von knapp 25 Milliarden Euro nach Deutschland importiert. Dagegen ex-

**2008 wurden aus Japan Waren im Wert von knapp 25 Milliarden Euro nach Deutschland importiert. Dagegen exportierte Deutschland nur etwa halb so viel nach Japan.**

portierte Deutschland nur etwa halb so viel, nämlich Waren für rund 13 Milliarden Euro, nach Japan. Für Japans Außenhandel sind nach wie vor die USA wichtigster Absatzmarkt. Seit Ende 2002 liegt auch der deutsch-chinesische Außenhandel volumenmäßig vor dem deutsch-japanischen Handel. Trotz aller historischen und systemischen Dissonanzen zwischen Japan und der Volksrepublik China sind beide Volkswirtschaften extrem interdependent. Tokio und Beijing sprechen in diesem Zusammenhang oft von „heißen Wirtschaftsbeziehungen und kühler Politik“.<sup>5</sup>

Insbesondere seit Ende des Kalten Krieges sind beide, Deutschland und Japan, sehr an einer grundlegenden Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen interessiert. Beide plädieren für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Während Japan für sich das Argument einer „Unterrepräsentanz“ Asiens anführen kann – schließlich wird Asien in dem entscheidenden Gremium lediglich durch die Volksrepublik China repräsentiert – ist Europa bereits durch zwei ständige Mitglieder mit Vetorecht, Frankreich und Großbritannien, vertreten. Auf einen Atavismus in der

5 | Seirei Keinetsu (政冷経熱): Dieser Begriff tauchte erstmals zur Amtszeit von Junichiro Koizumi (Ministerpräsident von April 2001 bis September 2007) in den Medien auf und beschreibt die Besonderheit der japanisch-chinesischen Beziehungen. Auf politischer Ebene waren sie geprägt von dauernden Spannungen aufgrund der regelmäßigen Besuche Koizumis im Yasukuni Shrein – von den Chinesen als „Kriegsverbrecherschrein“ betrachtet – einerseits und der steigenden und komplementären Interdependenz beider Volkswirtschaften andererseits.

Charta der Vereinten Nationen, die so genannte Feindstaatenklausel<sup>6</sup>, hat – häufiger als Deutschland – vor allem Japan schon mehrfach hingewiesen. Der Umstand, dass – rein völkerrechtlich-theoretisch betrachtet – jedes Mitgliedsland der VN jederzeit ohne ausgewiesenes VN-Mandat in „den Feindstaaten“ militärisch intervenieren könnte, sorgt natürlich für permanentes Missfallen des zweitgrößten Beitragszahlers Japan.

### **GEGENWART UND ZUKUNFT – GRENZEN DES VERGLEICHS**

Wenngleich wirtschaftlicher Aufstieg nach dem Krieg und erfolgreiche Wiedereingliederung in das westlich geprägte politische System gleichermaßen beiden Ländern gelang, könnten beider außen- und sicherheitspolitische Strukturen unterschiedlicher kaum sein. Während in Europa mit dem Mauerfall sichtbar der Kalte Krieg endete, zeigen die ungelöste Koreafrage und der Aufstieg eines

**Die ungelöste Koreafrage und der Aufstieg eines kommunistischen Chinas zeigen, dass in Nordostasien noch Außenpolitik nach dem Ost-West-Konfliktmuster betrieben wird.**

kommunistischen Chinas, dass in Nordostasien immer noch Außenpolitik nach dem Ost-West-Konfliktmuster betrieben wird. So ist es ein Paradoxon der jüngeren Geschichte, dass ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, in dem Individualismus und Permissivität prägend für seine Gesellschaft sind, in den großen außen- und sicherheitspolitischen Linien eher den Konsens innerhalb der Europäischen Union anstrebt<sup>7</sup>, während Japan in seiner Außen- und Sicherheitspolitik gern auf seinen

6 | Mit der so genannten „Feindstaatenklausel“ werden Textteile bezeichnet, die sich in den Artikeln 53, 77 und 107 der Charta der Vereinten Nationen finden. Sie entstammen noch der Erstfassung der Charta von 1945. Danach kann gegen alle „Feindstaaten“ des Zweiten Weltkrieges – das sind letztlich nur Deutschland und Japan – ausdrücklich ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates vorgegangen werden, wenn diese eine „aggressive Politik“ verfolgen. Wer diesen Befund, aggressive Politik, feststellen kann, bleibt ungenannt. Immerhin wurde 1995 auf der 50. VN-Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, worin diese Klauseln als obsolet bezeichnet wurden. Die damals verkündete Absicht, die Klausel „so bald als möglich“ zu streichen, ist allerdings bis heute nicht realisiert worden.

7 | Die Tatsache, dass es seit der Wiedervereinigung aus Kreisen der EU Mitgliedstaaten öfter den Vorwurf von „deutschen Alleingängen“, etwa in der Energie- und Währungspolitik, gibt, ändert an dem nach wie vor grundsätzlich stark nach innen wirkendem Argument der so genannten „Brüsseler Vorgaben“ nichts.

Sonderstatus verweist. Das zeigt sich beispielsweise in Tokios Verhalten gegenüber den USA. Man erwartet eine gewisse privilegierte Behandlung und vermerkt mit Missfallen, wenn Reiserouten wichtiger Regierungsmitglieder nach Asien nicht Japan als erstes Besuchsziel ansteuern oder, noch schlimmer, es gar auslassen. In den Sechs-Länder-Gesprächen zur Denuklearisierung Nordkoreas<sup>8</sup> legen die Vertreter der japanischen Regierung immer Wert darauf, dass auch das für Japan besondere Problem der Entführungen<sup>9</sup> in die Agenda aufgenommen wird. Auch ist Japan immer bemüht, den Rest der Welt auf seine besondere Bedrohung durch Chinas aggressive Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik hinzuweisen.

**Japan ist immer bemüht, den Rest der Welt auf seine besondere Bedrohung durch Chinas aggressive Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik hinzuweisen.**

### **DEUTSCHLAND: ERFOLGREICHE REGIONALE INTEGRATION – JAPAN: WEITERHIN SONDERROLLE ALS „FRONTSTAAT“**

So ist es vor allem das heute gänzlich unterschiedliche politische Umfeld beider Länder, auf das bei einem Vergleich der nur vermeintlich Vergleichbaren deutlich hingewiesen werden muss. Während die Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Entwicklung seit 1945 – zunächst als westlicher Teilstaat, später als wiedervereinigtes geographisches, unter bestimmten Rücksichten auch politisches Zentrum des EU-Europas – immer die Gnade ökonomisch und politisch-ideologisch gleich gesinnter Nachbarstaaten genießen durfte, ist Japan seit 1945 bis heute allein stehender

- 8 | Die Sechs-Länder-Gespräche sind ein multilaterales Forum, unter dem Vorsitz von China zusammen mit den USA, Russland, Japan, der Republik Korea (nachfolgend Südkorea genannt) und der Demokratischen Volksrepublik Korea (nachfolgend Nordkorea genannt), das seit 2003 besteht und sich zum Ziel gesetzt hat, den Energiebedarf Nordkoreas zu organisieren und das Land von einer unkontrollierten Atompolitik bzw. der Entwicklung von Kernwaffen abzuhalten. Seit April 2009 gab es keine Gespräche mehr, da Pjöngjang eine Teilnahme verweigert.
- 9 | In den 1970er Jahren kam es verstärkt zu Entführungen japanischer Jugendlicher durch nordkoreanische Agenten. Sie wurden in Spezialeinrichtungen in Nordkorea zur Sprach- und Allgemeinausbildung von Agenten, die in Japan eingesetzt werden sollten, gezwungen. Pjöngjang hat dies zwar teilweise zugegeben und auch einige ehemals entführte Japaner zurückkehren lassen, aber immer noch fehlt von vielen bis heute jede Spur.

„Frontstaat“ im mehrfachen Sinn.<sup>10</sup> Zwar war die Bundesrepublik während der Teilung strategisch betrachtet auch Frontstaat gegenüber dem Ostblock, hatte aber immer dieses politisch beruhigende, ökonomisch stabilisierende und insbesondere durch seine NATO-Mitgliedschaft sicherheitspolitisch gut gepolsterte Hinterland. In Japans Umland findet sich dagegen ökonomisch und politisch-ideologisch nichts Vergleichbares: Im Norden liegt Russland, mit dem auch nach über einem halben Jahrhundert seit Ende des Pazifischen Krieges noch kein Friedensvertrag geschlossen werden konnte.<sup>11</sup> Im Westen liegt Nordkorea, ein totalitärer Staat, der vorgibt, atomar bewaffnet zu sein und keine Hemmungen hat, unangekündigt Langstreckenraketen im Flug über Japans Territorien zu testen.<sup>12</sup> Dahinter liegt die Volksrepublik China, zu der man zwar seit 1978 diplomatische Beziehungen unterhält, die aber gleichzeitig auch in Gewässern, die zwischen beiden Ländern strittig sind, aggressiv gegen Japans Küstenwache vorgeht.<sup>13</sup> Im Süden und Osten ist die Weitläufigkeit des Pazifik, bis zur Westküste des Allianzpartners USA sind es mehr als 8.000 Kilometer.

**Die Volksrepublik China geht in Gewässern, die zwischen beiden Ländern strittig sind, aggressiv gegen Japans Küstenwache vor.**

Die Gemeinsamkeiten, die aus Anlass des 150. Jahrestages des ersten Vertrages zwischen beiden Ländern in diesem Jahre besonders in Kreisen der jeweils am anderen Land Interessierten betont werden, beziehen sich im

10 | Inwieweit in Südkorea durch die sich seit einiger Zeit anbahnende Intensivierung der südkoreanisch-japanischen Beziehungen für Japan bald ein echter „Wertepartner“ vor Ort zur Verfügung steht, wird davon abhängen, ob die noch immer bestehenden historisch bedingten gegenseitigen Aversionen zügig und pragmatisch überwunden werden können. Der Generationenwechsel in den politischen Eliten beider Länder spricht für eine positive Entwicklung in dieser Richtung.

11 | Haupthindernis ist die ungelöste Kurilenfrage. Japan beansprucht die in Russland „südliche Kurilen“ genannten drei Inseln Shikotan, Etorofu, Kunashiri und die Inselgruppe Habomai. Gegen Ende des Pazifischen Krieges war die Rote Armee unter Bruch eines Neutralitätsvertrages auf diese von Japan „Nordterritorien“ genannten Inseln einmarschiert.

12 | Vgl. Fn. 21.

13 | Im September 2010 rammte ein chinesisches Fischerboot ein Boot der japanischen Küstenwache in den zwischen China und Japan umstrittenen Gewässern um die Senkaku/Diaoyu-Inseln. Den von den Behörden festgenommenen Kapitän gab Japan wenig später aufgrund enormen politischen Drucks seitens Chinas wieder frei. Vgl. auch Fn. 18.

Wesentlichen auf den Aspekt der so genannten Wertepartnerschaft zwischen Japan und der Bundesrepublik. So hat der deutsche Außenminister bei seinem Antrittsbesuch in Tokio im Januar 2010 neben dem Verweis auf das große Potential einer handelspolitischen Weiterentwicklung auch auf diesen Aspekt der deutsch-japanischen Partnerschaft hingewiesen. Da die direkten Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten Deutschlands bzw. der Europäischen Union im politischen Umfeld Japans sehr begrenzt sind und entsprechend auch von Japan nicht erwartet werden kann, dass es sich wirkungsvoll für unsere Belange im europäischen Kontext einbringt, bleibt als Wirkungsfeld dieser Wertepartnerschaft nur der überregionale und globale Rahmen. Die nahezu komplette Integration beider Staaten in die relevanten multilateralen Netzwerke, wie beispielsweise G-8, G-20, Weltbank, IWF und WTO, sind Basis für verantwortungsvolles ökonomisches Handeln nach international abgestimmten und von allen Mitgliedern akzeptierten Regeln. Hier besteht weder in Berlin noch in Tokio ein drängendes Interesse an einer besonderen deutsch-japanischen Kollaboration. Eine Möglichkeit oder gar Notwendigkeit, sich in diesen Gremien als ökonomisches Duo gegenüber anderen zu profilieren, wird ebenso weder in Berlin noch in Tokio gesehen.

Anders sieht es dagegen im explizit politischen, insbesondere im außen- und sicherheitspolitischen Bereich aus. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich hier eine ganze Palette von Konkretisierungsmöglichkeiten einer Wertepartnerschaft aufgetan. So ist das Potential einer aufeinander abgestimmten Außen- und Sicherheitspolitik bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Zwar mangelt es in beiden Ländern noch an einem ausreichenden Verständnis und Hintergrundwissen für die jeweils andere Position. Das sicherheitspolitische Umfeld Japans beinhaltet jedoch sehr viel mehr brisante Problemkonstellationen mit indirekten Bezügen auch zur Lage einer in EU und NATO eingebetteten Bundesrepublik. Proliferationsabwehr und Sicherheit der Seewege wären hier beispielhaft zu nennen. Wengleich der individuelle Handlungsspielraum Deutschlands durch den anhaltenden – und natürlich legitimen – „außenpolitischen Harmonisierungsdruck“ aus Brüssel stark eingegrenzt ist, besteht keinerlei Diskrepanz zwischen den

**Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich eine ganze Palette von Konkretisierungsmöglichkeiten einer Wertepartnerschaft aufgetan.**



**Für das Eintreten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte sowie freien und fairen Welthandel ist Japan ein natürlicher und potenter Partner.**

Wertevorstellungen, die sowohl in Brüssel als auch in Berlin einem rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Ansatz von Politik zugrunde liegen. In der Praxis wird die Formulierung einer konkreten Außenpolitik immer nur im Wettstreit der Argumente zu finden sein. Für das Eintreten für diese Werte – Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, freier und fairer Welthandel – auf globaler Ebene ist Japan ein natürlicher und potenter Partner. Afghanistan, Maßnahmen gegen internationalen Terrorismus und Piraterie sind aktuelle Beispiele aus der Praxis einer Partnerschaft im Sinne einer konsensualen Zielorientierung. Sicherheitsratsreform und Entwicklungspolitik sind zwei Beispiele, die eine Intensivierung des deutsch-japanischen Dialogs zwecks Zielfestlegung erfordern.

### **JAPAN, EINE POLITISCH SCHWACHE WIRTSCHAFTLICHE GROSSMACHT**

Japans engeres Umfeld Nordostasien ist, außen- und sicherheitspolitisch betrachtet, durch zwei große Krisenherde zu kennzeichnen. Derzeitige informationstechnische Möglichkeiten und die globale Vernetzung unterschiedlicher Risikopotentiale bringen es mit sich, dass Nordostasien als Krisenherd geographisch betrachtet zwar fast 10.000 Kilometer von Deutschland entfernt ist, mögliche Auswirkungen aber sehr schnell auch in Europa und Deutschland spürbar sind. Da ist zum einen die anhaltend gefährliche Spannung auf der Koreanischen Halbinsel. Seit der koreanischen Teilung 1953, am Ende des dreijährigen Koreakrieges, hat sich jenseits des 38. Breitengrades – die bis heute gültige und von der Waffenstillstandskommission gezogene Demarkationslinie zwischen der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ im Norden und der Republik Korea im Süden – ein stalinistisch geprägtes diktatorisch strukturiertes Regime etabliert. Bis heute gibt es keine diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea. Im Gegenteil, die Machthaber in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang betrachten speziell Südkorea und Japan als unfreie Vasallenstaaten des Feindstaates USA. Seit über einem Jahrzehnt bemühen sich allen voran Südkorea, die USA, China und Japan, dem hochverarmten Land, das seit Jahren nicht mehr seine eigene Bevölkerung ernähren

kann, wirtschaftliche Hilfen und Lebensmittelunterstützung zu gewähren. Diese Bemühungen missachtend und unter Bruch internationaler Verträge<sup>14</sup> arbeitet das Regime konsequent an der Entwicklung von Kernwaffen und ist somit eine direkte Bedrohung nicht nur für seine Nachbarn Südkorea und Japan, sondern indirekt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Denn bisherige Erkenntnisse aus südkoreanischen, japanischen und amerikanischen Quellen lassen es als sicher erscheinen, dass Pjöngjang bei der Entwicklung einer eigenen Atombombe auf intensive Beziehungen zu pakistanischen Nuklearexperten bauen konnte.<sup>15</sup> In Ermangelung anderer Güter mit großer Wertschöpfung exportiert Nordkorea verdeckt im großen Maße Waffen und Raketentechnik. Es bestehen berechtigte Sorgen, dass so genannte nicht-staatliche Akteure ebenfalls zum Käuferkreis des Regimes in Pjöngjang gehören. Da sich unter diesen Exporten höchstwahrscheinlich auch Massenvernichtungswaffen bzw. die entsprechenden Techniken dazu befinden, ist diese Bedrohung, die als Proliferation bezeichnet wird, für alle westlichen Demokratien ein ernstes Problem. Bedenkt man zusätzlich noch die besondere Situation Deutschlands bezüglich des Nahostkonflikts – man kann das den Israel-Faktor nennen –, ist eine Verhinderung dieser Proliferation essentielles

14 | 1985 war Nordkorea dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, dem so genannten Atomwaffensperrvertrag, auch Nichtverbreitungsvertrag (NVV) beigetreten. Anfang der 1990er Jahre gab es erste Verdachtsmomente, das Nordkorea heimlich aus seinen Reaktoren spaltbares Material zur Bombenproduktion abzweigte. Langjährige Verhandlungen besonders zwischen den USA und Nordkorea, um den Energiebedarf Nordkoreas mit internationaler Hilfe sicherzustellen und im Gegenzug vollständige internationale Kontrolle über die kerntechnischen Anlagen des Landes zu bekommen, scheiterten schließlich. Im Januar 2003 kündigte Nordkorea seine Mitgliedschaft im NVV, ein Vorgang, der bisher einzigartig in der Geschichte des NVV-Regimes ist. Seither schockiert Pjöngjang seine Region und die Welt mit Testflügen von Langstreckenraketen und nuklearen Sprengversuchen und schreckt auch vor aggressiven Militärschlägen, wie den Artilleriebeschuss der südkoreanischen Insel Yongpyong im 11/2010 nicht zurück. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, „Seoul spricht von Vergeltung“, 24.11.2010, <http://faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/politik/seoul-spricht-von-vergeltung-11068633.html> [25.11.2011].

15 | Abdul Qadeer Khan gilt als Vater der pakistanischen Atombombe. Geheimdienstberichten zufolge soll Nordkorea über ihn massive Unterstützung bei seinem Urananreicherungsprogramm erhalten haben.

deutsches Interesse. Insbesondere vor dem Hintergrund bereits mehrfach aufgedeckten Waffenhandels zwischen Nordkorea und prekären Regimen wie in Syrien, Jemen und Iran<sup>16</sup> verliert die geographische Entfernung Deutschlands zu Nordkorea ihren beruhigenden Charakter völlig, wenn es ihn denn jemals gab.

Der zweite, in Rhetorik und Verhalten an die Zeit des Kalten Krieges erinnernde Krisenherd ist Japans Verhältnis zu China, insbesondere angesichts der Taiwanfrage. Zwar verfolgt auch Japan seit 1978 eine Ein-China-Politik<sup>17</sup>, Taiwan ist aber nach wie vor der weitaus beliebtere Teil

**Die USA verpflichteten sich, gewaltsame Veränderungen der Situation Taiwans notfalls auch militärisch zu verhindern – ein hohes Risiko auch für Japan.**

Chinas in Japan. Auch taiwanesischer Politiker pflegen in der Regel sehr gute Beziehungen zu Japan. Immer wieder kommt es bei Japanbesuchen hochrangiger Taiwanesen zu Protesten aus Beijing. Problematischer als dieses Ärgernis ist aber die sicherheitspolitisch besondere Situation Taiwans in der Region. Durch den Taiwan Relations Act der US-Regierung von 1979 – ein Ergebnis amerikanischer Ein-China-Politik in Folge der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik – haben sich die USA gegenüber Taiwan verpflichtet, jede äußere gewaltsame Veränderung der Situation Taiwans notfalls auch militärisch zu verhindern. Dieses Quasi-Schutzabkommen mit Taiwan in Verbindung mit dem Sicherheitsvertrag der USA mit Japan birgt für den Fall eines Konfliktes zwischen den USA und China ein hohes Risiko für Japan. Da es zudem neben aktuellen Meinungsverschiedenheiten

16 | Im August 2009 beschlagnahmten die Vereinigten Arabischen Emirate Waffenlieferungen auf einem Frachter mit Ziel Iran. Vgl. „Uno-Embargo: Emirate stoppen nordkoreanische Waffenlieferung an Iran“, *Spiegel Online*, 28.08.2009, <http://spiegel.de/politik/ausland/0,1518,645739,00.html> [24.03.2011]. Im Dezember 2002 brachte Spanien einen nordkoreanischen Frachter auf, in dessen Ladung sich Raketen für den Jemen befanden. Vgl. *Berliner Zeitung*, „15 nordkoreanische Scud-Raketen an Board – für Al Qaida-Terroristen?“, 12.12.2002, <http://bz-berlin.de/archiv/15-nordkoreanische-scud-raketen-an-bord-fuer-al-qaida-terroristen-article206122.html> [24.03.2011].

17 | 1978 kam es durch Vermittlung von Kakuei Tanaka (jap. Ministerpräsident von Juli 1972 bis Dezember 1974) zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu China und zur Unterzeichnung eines Freundschafts- und Friedensvertrages, den Tanaka allerdings aufgrund seiner Amtsenthebung wegen des Lockheed-Skandals nicht selbst unterzeichnen konnte.

mit China zu Territorialfragen<sup>18</sup> auch immer wieder aufblühende historische Dissonanzen<sup>19</sup> gibt, beobachtet Japan sehr genau, wie sich beispielsweise die chinesischen Verteidigungsausgaben – seit Jahren gibt es hier zweistellige Zuwachsraten – entwickeln, und inwieweit sich die EU und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland bereit zeigen, die Befürchtungen in Tokio zu sehen und ihre jeweilige Chinapolitik in diesem Lichte zu gestalten.<sup>20</sup>

Beide Krisenherde, die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel und die ungewisse Zukunft der Taiwanstraße, erfordern von Tokio höchste Aufmerksamkeit, denn eine ungünstige Entwicklung in diesen beiden Spannungsfeldern bedroht Japans Sicherheit sowohl im engen militärischen Sinn als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Seit 1998 ist die Bedrohung durch nordkoreanische Raketen eine reale Gefahr.<sup>21</sup> Sollte es zu einem militärischen Konflikt Südkoreas – und damit der USA – mit Nordkorea kommen, ist Japan aufgrund seines Allianzvertrages mit den USA ebenfalls unmittelbar involviert. Auch was die außenwirtschaftliche Sicherheit Japans betrifft, gibt es für Tokio

- 18 | Die von Japan Senkaku und von China Diaoyutai bezeichnete Inselgruppe ist zwar nicht bewohnt, sondern lediglich eine Felsenansammlung. Da es aber in ihrem Umfeld u.a. reichhaltige Mangan- und Gasvorkommen gibt, streiten sich beide von Energieimporten abhängige Länder über die Explorationsrechte.
- 19 | Hier ist insbesondere die Geschichtsbuchaffäre ein permanenter Spannungsgrund. In Japan präsentieren in regelmäßigen Abständen Schulbuchverlage neue Geschichtsbücher. Sehr oft ist das für die Zulassung zuständige Kultusministerium nach chinesischer Auffassung zu lasch bei der Freigabe auch von Geschichtsbüchern einiger politisch eher rechts anzusiedelnder Verlage. Darin werden oft grobe Menschenrechtsverstöße der vormals in China vorrückenden kaiserlichen Truppen euphemistisch dargestellt bzw. teilweise sogar völlig verschwiegen. Dass die Schulen beim Unterrichtsmaterial selbst frei wählen können und derlei Geschichtsbücher in der Regel nicht einsetzen, ist für China nicht relevant.
- 20 | In diesem Zusammenhang beobachtet Tokio genau die Haltung der EU und insbesondere Deutschlands zur Frage der Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China, das als Reaktion des Westens auf die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 beschlossen worden war.
- 21 | Im August 1998 testete Nordkorea unangekündigt diesen früheren Typ Taepodong einer Langstreckenrakete mit einer Reichweite von ca. 2.900 Kilometern. Sie flog über Nordjapan und stürzte dann offensichtlich in den Pazifik. Mittlerweile gibt es Weiterentwicklungen in Nordkoreas Raketenprogramm mit Reichweiten von bis zu 10.000 Kilometern.

wenig Anlass zu Optimismus. Die Taiwanstraße liegt im Bereich einer der wichtigen SLOCs<sup>22</sup> für Japan, durch die ein Großteil seiner Energieimporte und Produktionsgüterexporte abgewickelt wird.

### **DEUTSCHLAND UND JAPAN, ZWEI GROSSE ZIVILMÄCHTE HABEN IHRE SCHWÄCHEN**

Japan als eine der größten Volkswirtschaften der Welt – es wurde vor Kurzem von der Volksrepublik China vom zweiten auf den dritten Platz verwiesen – bringt vergleichsweise wenig politisches Gewicht auf die Waagschale internationaler Politik. Dies liegt nur zum Teil an der oft bemühten vornehmen Zurückhaltung der Japaner. Japan ist trotz seines enormen ökonomischen Potentials in hohem Maße abhängig. Zu der Ressourcenabhängigkeit kommt die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA, ein Erbe aus der fatalen Geschichte zu Beginn des letzten Jahrhunderts. In dem vom Sieger besetzten Land – erstmalig in der Geschichte dieses Landes –

**Im besetzten Japan verbreitete sich eine tiefe Abneigung gegen alles Militärische. Das Land verordnete sich eine staatspolitische Grundordnung, die den resoluten Antimilitarismus 1947 auf Verfassungsrang hob.**

verbreitete sich in der Bevölkerung schnell eine tiefe Abneigung gegen alles Militärische. Verbunden mit einer nicht zuletzt auch den USA zu verdankenden Erfolgsgeschichte einer Erziehung zu Demokratie verordnete sich Japan eine staatspolitische Grundordnung, die seinen resoluten Antimilitarismus 1947 auf Verfassungsrang hob.<sup>23</sup> Als führende Exportnation und extrem ressourcenarmes Land ist die daraus folgende

22 | „Sea Lines of Communication“ nennt man jene Transport- und Kommunikationswege über die Weltmeere, durch die der Güterverkehr abgewickelt wird. Im Falle Japans führen diese Routen durch eine Reihe von potentiellen Krisengebieten wie etwa die Taiwanstraße, die Straße von Malakka, durch den Indischen Ozean bis hin zur Golfregion.

23 | Die von der amerikanischen Besatzung unter Führung von General Douglas MacArthur initiierte, aber auch zahlreiche Vorschläge japanischer Verfassungsrechtler aufnehmende Nachkriegsverfassung trat 1947 in Kraft. Ihr Artikel 9 in der Präambel, bekannt als Friedensklausel, enthält ein Verbot zur Aufstellung von Streitkräften und verweigert Japan ein Kriegsführungsrecht. Im Gegensatz etwa zum Deutschen Grundgesetz, das zahlreiche Veränderungen, Umstellungen und Ergänzungen erfahren hat, wurde die japanische Verfassung bis heute weder im Wortlaut verändert noch gab es jemals Abstriche oder Zusätze.

wirtschaftliche Abhängigkeit offenkundig. Ein Blick auf die Region macht die wesentlichen Unterschiede zur Situation der Bundesrepublik deutlich. Will Japan seine politischen Vorstellungen – seien sie ordnungspolitischer oder wirtschaftspolitischer Art im weitesten Sinne – in seiner Region durchsetzen, fehlt eine Berufungsmöglichkeit auf gemeinsame allgemein gültige Werte, wie etwa Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft. Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass sich Südkorea in den letzten Jahren dank seiner positiven Entwicklung zu einem gewissen Sonderfall in diesem Kontext entwickelt hat. Das erklärt auch die in den letzten Jahren positiv verlaufende bilaterale Entwicklung zwischen Japan und Südkorea. Ein Staatenbund aber mit ausreichendem gegenseitigem Verpflichtungscharakter, vergleichbar mit der EU, ist in Nordostasien nicht vorhanden. China ist zwar mittlerweile für Japans Wirtschaft und Außenhandel ein unersetzlicher Faktor. Eine gemeinsame Wertebasis aber, auf die man sich im Konfliktfall berufen und an deren Aufrechterhaltung ein beiderseitiges Interesse unterstellt werden könnte, existiert nicht. Außer ökonomischen Anreizen hat das Land keinerlei Hebel, die zu bedienen wären, wenn es um Konfliktlösung geht. Für den ultimativen Konflikt aber, bei dem territoriale Integrität sowie Leben und Gesundheit der Bevölkerung auf dem Spiel stehen, fehlt das ultimative Instrument eines militärischen Abschreckungspotentials. Da verlässt sich Japan bewusst auf den Allianzpartner USA und ist auf dessen schnelles und wirkungsvolles Eingreifen angewiesen<sup>24</sup>. Zwar wurden auch in diesem Bereich in den letzten Jahren neue sicherheitspolitische Bündnisstrukturen entwickelt, etwa zu Südkorea und Australien, aber eine absolute Beistandspflicht und für derlei Krisenfälle ausgearbeitete Kommandostrukturen sowie eingeübte gemeinsame Operationen gibt es außerhalb des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages nicht. Sie sind auch von keiner Seite beabsichtigt.

**Für den ultimativen Konflikt, bei dem territoriale Integrität sowie Leben und Gesundheit der Bevölkerung auf dem Spiel stehen, fehlt das Instrument eines militärischen Abschreckungspotentials.**

24 | Aus diesem Grunde bestehen auch heute noch zahlreiche US-amerikanische Militärbasen, die meisten auf den Inseln der Präfektur Okinawa. Insgesamt haben die USA ca. 30.000 Militärangehörige in Japan stationiert. Die dafür bereit gehaltene Infrastruktur, Flughäfen, Wohn- und Verwaltungsgebäude werden hauptsächlich von Japan unter der Bezeichnung „host nation support“ finanziert.

Verantwortlich für die relativ starre Struktur japanischer Außenbeziehungen gerade im sicherheitspolitischen Bereich ist zum einen die Genese des Sicherheitsvertrages – in Deutschland Niederlage und Wiederaufbau im Wechselspiel mit allen alliierten Siegermächten, in Japan Wiederaufbauhilfe durch den einzigen und ultimativen Sieger USA. Zum anderen spielen auch die Gesellschaftsstruktur und Tradition Japans eine Rolle. Seit der Frühzeit konnte sich Japan praktisch isoliert von der Außenwelt zu einer nahezu perfekt strukturierten, hierarchischen Gesellschaft entwickeln. Dieses sozial durchorganisierte Japan wurde 1945 durch die Besatzungsmacht USA mit einem Gesellschaftsmodell konfrontiert, das einen völlig anderen Bezug zwischen Autorität, Führungslegitimität und Kompetenz voraussetzt. Das Überstülpen traditioneller Gesellschaftsstrukturen durch das neue Modell funktionierte zunächst erstaunlich gut, denn kleinere Führungsfehler konnten in diesen tradierten Strukturen vergleichsweise schnell und unkompliziert korrigiert oder zumindest kaschiert werden.

Nach der über Jahrhunderte kumulierten Erfahrung der japanischen Gesellschaft galt es als selbstverständlich, dass die Führungsinstanzen, in diesem Fall die Behörden, im Zweifel immer noch einen sachlichen Kompetenzvorteil vor den einzelnen Bürgern haben. Zum Teil gilt das bis heute: Das über lange Zeit tradierte Grundvertrauen in die Richtigkeit der politischen Entscheidung, in die Zuverlässigkeit bestehender Energieversorgungssysteme und in

die Angemessenheit der offiziellen Hilfsleistungen kann eine Erklärung für das Verhalten der Betroffenen nach der Katastrophe von Fukushima sein. Es gehört wohl zu den schmerzlichen Wahrheiten für Japan, dass diese Haltung, von ausländischen Beobach-

**Die von ausländischen Beobachtern als beeindruckende Contenance gesehene Haltung ist zum großen Teil auch anerzogene Hilfslosigkeit gegenüber einer hochkomplexen Wirklichkeit.**

tern an den Fernsehschirmen als beeindruckende Contenance gesehen, zu einem großen Teil auch anerzogene Hilfslosigkeit gegenüber einer hochkomplexen Wirklichkeit ist. Ein Gesellschaftssystem, in dem den Ausübenden von Führungs- und Weisungsbefugnis automatisch höhere Kompetenz und bessere Sachkenntnis unterstellt wird, ist dann besonders gefährdet, wenn Führungsstrukturen unabhängig von Kompetenz und Sachkenntnis geschaffen werden.

Japans beeindruckendes Aufräumen der Folgeschäden von Fukushima – technisch-materiell wie auch gesellschaftspolitisch – stimmt nachdenklich: Japan erlebt neben den Krisen im Energiebereich und im Management der Katastrophenbewältigung eine Systemkrise, deren politische und gesellschaftliche Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Ein wohl noch einige Zeit anhaltender häufiger Wechsel von Regierungen, verbunden mit parteipolitischen Verwerfungen, sollte weder überraschen noch entmutigen. Auch Japans Wiederaufbaufähigkeiten haben eine lange und bewährte Tradition. Wenn nicht jetzt, wann dann sollte Deutschland auf Japan zugehen, um die in diesen Tagen rhetorisch oft zitierte Partnerschaft mit Inhalt und Zielen zu füllen?

**Japan erlebt neben den Krisen im Energiebereich und im Management der Katastrophenbewältigung eine Systemkrise, deren politische und gesellschaftliche Auswirkungen noch nicht absehbar sind.**

## **DEUTSCHLAND UND JAPAN, GRENZEN IHRES EINFLUSSES**

So verlässt sich Japan bei der Wahrnehmung und Durchsetzung seiner Interessen, ähnlich wie auch Deutschland, hauptsächlich auf sein Potential als Zivilmacht, vorrangig auf den Einsatz ökonomischer Instrumente. Versteht man unter einer „führenden Zivilmacht“ einen demokratisch und marktwirtschaftlich verfassten Staat, der mittels dieser so genannten Soft Power einen hinreichenden Einfluss auf andere Staaten oder Staatenbünde ausübt, können sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch Japan diese Fähigkeiten zugeschrieben werden, wenn auch unterschiedlich in Qualität, Ausmaß und Wirkung. Während Japans gestalterischer Einfluss auf seine Region eher geringer, global eher größer ist, dürfte die Bundesrepublik aufgrund ihres relativ großen ökonomischen Gewichtes in der EU regional eher mehr Einfluss ausüben, global dagegen ist Deutschlands direkter Einfluss eher gering. Über den EU-Rahmen hinaus kann allenfalls von einem indirekten Einfluss gesprochen werden. Für beide, Deutschland und Japan, gilt gleichermaßen, dass sie klassische Zivilmächte sind und Außen- bzw. Außenwirtschaftspolitik vor allem mit Instrumenten von Soft-Power betreiben. „Führend“ sind beide bezüglich der eingesetzten Instrumente, nämlich zukunftssträchtige Entwicklungen in Wissenschaft und Technik, insbesondere im Umweltbereich, bei Maschinen- und Kfz-Bau.



Beide Staaten sind aber in hohem Maße abhängig von Entwicklungen, auf die sie nur begrenzt Einfluss haben. Japans Sicherheit wird vorrangig durch die Entwicklung der amerikanischen Chinapolitik und die Bemühungen Chinas und der USA um eine Entspannung auf der koreanischen Halbinsel bestimmt, um nur die zwei wichtigsten Faktoren zu nennen. In Falle Chinas verlangt die hohe Interdependenz beider Volkswirtschaften Zugeständnisse in Bereichen, in denen Japan durchaus andere Wertvorstellungen hat, etwa bei Menschenrechten und Demokratie. Im Falle Nordkoreas stehen Japan außer Sanktionen und dem Einfrieren nordkoreanischer Bankkonten in Japan keine Möglichkeiten zur Verfügung. Wie wenig wirksam diese Instrumente sind, zeigt die offenkundige Missachtung japanischer Positionen innerhalb der Sechsländer-Gespräche wie auch in Bezug auf Raketentests und Flugbahnen, die ohne Vorwarnung über japanische Territorien führen.

**Im Falle Nordkoreas stehen Japan außer Sanktionen und dem Einfrieren nordkoreanischer Bankkonten keine Möglichkeiten zur Verfügung.**

### **DEUTSCHLAND UND JAPAN, EINE ZUKUNFT FÜR MEHR KOOPERATION UND DIALOG**

Auch wenn die Analyse des jeweiligen politischen Umfeldes beider Länder gerade bei Fragen von regionalem Integrationsgrad und politischen Instrumentarien zur Interessenwahrung zu sehr unterschiedlichen Befunden kommt, erscheint eine Fortsetzung bzw. Vertiefung von Kooperations- und Dialogstrukturen sinnvoll. Besonders in diesem Jahr des 150-jährigen Jubiläums der Aufnahme von Beziehungen ist oft und ausführlich über bilaterale Kooperationsmöglichkeiten reflektiert worden. Es lässt sich eine Reihe von Beispielen anführen, wo bereits jetzt ein hohes Maß an gegenseitiger Interessenwahrung durch indirekte Kooperation praktiziert wird. Gleichzeitig lassen sich noch weitere Bereiche nennen, bei denen eine Vertiefung des Dialogs mit dem Ziel, weitere Kooperationsbereiche zu definieren, möglich und politisch ratsam sind. Dabei ist weniger die direkte Kooperation im Stil einer konkreten und persönlichen Zusammenarbeit in den jeweiligen Ländern oder in Drittländern, also sozusagen das Schulter-an-Schulter-Arbeiten von Deutschen und Japanern im jeweils anderen Land oder in Drittregionen, gemeint. Diese Art der Kooperation ist ohnehin aufgrund beträchtlicher systemi-

scher und verwaltungsorganisatorischer Unterschiede nur begrenzt möglich und in größerem Umfang weniger realistisch. Das muss aber kein Nachteil sein, und muss auch nicht mühsam erzwungen werden, betrachtet man die große Palette der Möglichkeiten indirekter Kooperation im Sinne der Hinwirkung auf ein als gemeinsam erkanntes Ziel. Beispiele hierfür sind sowohl die Reaktion auf den Irakkrieg<sup>25</sup> wie auch auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 und das ebenfalls in der Praxis durchaus unterschiedliche Afghanistan-Engagement beider Länder. Bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan zum Zwecke der Kooperation muss also das jeweilige unterschiedliche regionale und politische Umfeld genauer berücksichtigt werden.

**Bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan zum Zwecke der Kooperation muss das jeweilige unterschiedliche regionale und politische Umfeld genauer berücksichtigt werden.**

Ein sehr aufschlussreiches Beispiel, wie diese indirekte Kooperation funktionieren kann, ist Japans zwar vorsichtige, aber konsequente Annäherung an die NATO. Deutschlands Position und Möglichkeiten in diesem Bündnis bezogen auf den Problemkomplex Afghanistan können durch Japans Einbringen eines eigenen Problemlösungspotentials wirksam ergänzt und das gemeinsame Ziel, nämlich multilaterale Kooperation zur Stabilisierung und friedlichen Entwicklung des zerrissenen Landes, besser erreicht werden.

Während sich beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland seit ca. zehn Jahren militärisch in Afghanistan engagiert<sup>26</sup>, hat sich Japan nie an militärischen Operationen im Land beteiligt. Lediglich die Teilnahme japanischer Marineeinheiten an der Operation Enduring Freedom, wo

25 | Die Invasion des Irak durch die so genannte Koalition der Willigen begann am 20. März 2003. Führend bei den über 40 Staaten dieses Interessenbündnisses waren die USA und Großbritannien. Während sich Japan aufgrund des politischen Drucks aus seiner Allianz mit den USA von Anfang an dazu zählte, ohne allerdings an den militärischen Operationen dieses Angriffskrieges beteiligt zu sein, lehnte die Bundesrepublik eine Beteiligung ab.

26 | Der Anfang des militärischen Engagements der Bundeswehr in Afghanistan kann auf den 21.12.2001 gelegt werden, denn nach Abstimmung über Drucksache 14/7930 in der 14. Wahlperiode des Bundestages wurde der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan im Rahmen der ISAF beschlossen.

**Japans konkrete Annäherung an die NATO begann erst im Jahre 2007, aufbauend auf politischen Gesprächen zwischen Tokio und Vertretern des Nordatlantikpaktes seit 1990.**

es um die Betankung der Flottenverbände der Teilnehmerstaaten dieser US-geführten Koalition der Willigen im Indischen Ozean ging, hatte eine militärisch Komponente. Japans konkrete Annäherung an die NATO begann erst im Jahre 2007, aufbauend auf politischen Gesprächen zwischen Tokio und Vertretern des Nordatlantikpaktes seit 1990. Erste konkrete Maßnahmen waren hohe finanzielle Beiträge für friedenssichernde NATO-Operationen auf dem Balkan. Ein seit 2007 bestehendes „Individual Tailored Cooperation Package“ (TCP) ist ein Arbeitsprogramm, bei dem systematisch und in jährlichem Rhythmus konkrete Kooperationsmaßnahmen evaluiert werden. Ein wichtiges Ergebnis ist die humanitäre Beteiligung Japans durch Angehörige der Selbstverteidigungstreitkräfte an ausgewählten PRTs (Provincial Reconstruction Team) in Afghanistan. Diese Möglichkeit ergab sich erst, nachdem die japanische Regierung den Rang der bisherigen Verteidigungsagentur zu einem Verteidigungsministerium aufgewertet hatte und der japanische Premier Abe<sup>27</sup> Japans Kooperation im zivil-humanitären Bereich anbot.

Wenngleich beider Länder Vernetzung in regionale und globale Strukturen zahlreiche Möglichkeiten der indirekten Kooperation bietet, gibt es für eine direkte Kooperation durchaus auch eine gewisse Basis, und das trotz der relativ hohen Hürde unterschiedlicher Kulturtraditionen und Sprachen. Ein Großteil der direkten Kommunikation läuft zwar oft über das Englische ab (das Erlernen der jeweils anderen Sprache erfordert offenbar einen zu hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand), findet aber dennoch im privaten und privatwirtschaftlichen Bereich statt und zwar mit leicht steigender Tendenz.

27 | Shinzō Abe war Nachfolger von Junichiro Koizumi und Ministerpräsident von 2006 bis 2007. Er war einer der letzten LDP-Ministerpräsidenten, bevor es 2009 zu einem Regierungswechsel von der LDP zu der DPJ (Demokratische Partei Japans) kam. Abe besuchte im Januar 2007 als erster japanischer Regierungschef den Nordatlantikrat und wies in einer viel beachteten Rede auf zukünftige Kooperationsmöglichkeiten Japans mit der NATO hin.

In Japan leben nach offiziellen Angaben<sup>28</sup> ca. 6.000 Deutsche, und in Deutschland etwa 30.000 Japaner.<sup>29</sup> Der Verband der Deutsch-Japanischen Gesellschaften<sup>30</sup> listet in Deutschland 45 Deutsch-Japanische Gesellschaften und in Japan 57 Japanisch-Deutsche Gesellschaften auf. Die meisten Schwerpunkte bei den Aktivitäten dieser bilateralen Vereinigungen liegen zwar auf kulturpolitischem Gebiet, dennoch sind sie in der Lage, über die kulturpolitischen Themen hinaus auch Kommunikationskanäle in das jeweils andere Land, seine gesellschaftlichen Vorstellungen und Normen zu schaffen und zu pflegen. Unter den Gesellschaften finden sich auch einige, die dezidiert wirtschaftlichen Erfahrungsaustausch zum Ziel haben.

**Die meisten Schwerpunkte der Deutsch-Japanischen Gesellschaften liegen auf kulturpolitischem Gebiet. Dennoch sind sie in der Lage, auch Kommunikationskanäle in das jeweils andere Land zu schaffen.**

## FAZIT UND AUSBLICK

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan bestehen seit 150 Jahren, rechnet man die Zeit des Königreichs Preußen und des Deutschen Bundes dazu. Sie waren nur kurz durch die Gegnerschaft im Ersten Weltkrieg und in der frühen Aufbauphase beider Länder nach dem Zweiten Weltkrieg unterbrochen. Sie sind heute in der Bewertung beider Regierungen, aber auch aus Sicht der jeweiligen Bevölkerung – zumindest, soweit die Teile betroffen sind, die sich für das jeweils andere Land in besonderer Weise interessieren – sehr gut und stabil. Sie sind zudem, und da hat sich der Wortlaut in der Präambel des am 24. Januar 1861 abgeschlossenen „Vertrages über Freundschaft, Handel und Schifffahrt mit Japan“ durchaus bewahrt, freundschaftlich und von gegenseitiger Hochachtung gekennzeichnet. Auch die Deutsche Teilung

28 | Alle Angaben zu den Bevölkerungsgruppen in Japan sind entnommen aus *Nihon Tokei Nenkan* (Statistisches Jahrbuch) 2011, Somucho Tokeikyoku (Amt für Statistik) (Hrsg.).

29 | Genauere Zahlen finden sich in den Angaben des Statistischen Bundesamtes: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1025396> [01.03.2011].

30 | Das Verzeichnis listet auch Wirtschaftskreise, Jugendgesellschaften und andere themenspezifische Vereinigungen auf. <http://vdjg.de/ueber-den-vdjg/djg> [10.03.2011]. Angaben über Japanisch-Deutsche Gesellschaften in Japan finden sich auf der Homepage der Japanisch-Deutschen Gesellschaft Tokio [http://jdg.or.jp/list/vjdglist\\_d.html](http://jdg.or.jp/list/vjdglist_d.html) [13.03.2011].

hat letztlich Japans Einstellung zu Deutschland nicht geschadet oder einen Teilstaat diskriminiert. Im Gegenteil, Japan hat es vermieden, gegenüber dem östlichen deutschen Teilstaat größere antikommunistische Reflexe zu artikulieren.

Während des Ost-West-Konfliktes waren beide Länder, die Bundesrepublik Deutschland und Japan, fest im westlichen Lager verankert. Deutschland – zunächst nur der freie Teil und seit der Wiedervereinigung Gesamtdeutschland – verfolgte dabei eine konsequente Politik der Westbindung. Sie wurde regionalpolitisch durch eine sich ständig vertiefende Integration in die EU, sicherheitspolitisch durch sukzessive Übernahme von Verantwortung in der NATO realisiert. Japan war aufgrund einer anderen geopolitischen Lage während des Ost-West-Konfliktes auf den alleinigen Schutzschild des sicherheitspolitischen Bündnispartners USA angewiesen. Es fehlt bis heute in Japans Umfeld eine hinreichende Affinität als Voraussetzungen für eine dem westeuropäischen Umfeld vergleichbare Integration in ökonomisch und politisch multilaterale Strukturen. Die Japans Region definierenden Konfliktlinien verlaufen sowohl zeitlich als auch inhaltlich anders als in Europa. Sie haben sich deshalb auch mit dem Ende des eher eurozentrierten Ost-West-Konfliktes kaum verschoben. Nach wie vor ist Japans wirtschaftliches und politisches Überleben wesentlich von seinem Bündnis mit den USA abhängig.

Der Herausbildung direkter bilateraler deutsch-japanischer Beziehungen in der Nachkriegsentwicklung beider Länder waren daher von Anfang an Grenzen gesetzt. Auf deutscher Seite war es der EU- und der NATO-Rahmen, der prioritär alle außenpolitisch aktivierbaren Politikfelder bestimmte. Auf japanischer Seite war es die besondere Situation des

Juniorpartners in einer Sicherheitsallianz mit den USA in Nordostasien, was einer gewissen Filterfunktion bezüglich außenpolitisch relevanter Politikfelder gleichkommt. Die sich immer mehr in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen auswirkende Globalisierung

**Die sich immer mehr in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen auswirkende Globalisierung bedeutet für das Verhältnis von Deutschland und Japan neue Chancen und Herausforderungen.**

bedeutet für das Verhältnis von Deutschland und Japan neue Chancen und Herausforderungen. Globalisierung als die immer weniger geographischen oder ideologisch-systemischen Begrenzungen unterworfenen weltweite Interde-

pendenz ökonomischer und politischer Prozesse zwingt Staaten und ihre Regierungen bei der Wahrung oder Durchsetzung ihrer nationalen Interessen, verstärkt Mehrheiten außerhalb von regionalen Bündnissen und Allianzen zu suchen.

Daher ist die Feststellung einer „Wertepartnerschaft“ zwischen Deutschland und Japan in Zeiten von Staats- und Bündnisgrenzen überschreitender, also „globaler“ Herausforderungen in der Ökonomie, besonders bei Klima- und umweltbezogenen Problemlösungen, von hoher Aktualität und Relevanz. Politikfelder, bei denen zukünftig ein großes Potential an deutsch-japanischer Kooperation – und das gilt für direkte und indirekte Kooperation gleichermaßen – unterstellt werden kann, ergeben sich vermehrt gerade wegen der Globalisierung. Dazu gehören insbesondere umwelt- und friedenspolitische Themen. Bei der Forschung und Entwicklung alternativer Energien sind beide Länder zwar natürliche Konkurrenten, aber mit Blick auf die Schaffung von weltweit geltenden Rahmenbedingungen für ihre Implementierung kann eine Kollaboration gerade der beiden führenden Industrienationen nur von Vorteil für alle Beteiligten sein.

Entwicklungspolitik bleibt gerade wegen der in den letzten Jahren feststellbaren Zurückhaltung<sup>31</sup> Japans ein dankbares Feld zielorientierter partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Während besonders in den Jahren des Kalten Krieges Tokio in der Entwicklungspolitik (in Japan meidet man diesen Ausdruck und spricht von „Wirtschaftskooperation“) eine Art Ersatz-Außenpolitik sah, genießt die eigentliche Außenpolitik in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit in Politik und Gesellschaft. Zu dieser Tatsache kommen rein pragmatisch-fiskalische Gründe – die exorbitante Staatsverschuldung von fast 200 Prozent des BIP zwingt zu Sparmaßnahmen in vielen Bereichen –, die gemeinsam dafür verantwortlich sind, dass Tokio seine Ausgaben im Bereich Official Development Assistance (ODA) zurückgefahren hat.

**Während besonders in den Jahren des Kalten Krieges Tokio in der Entwicklungspolitik eine Art Ersatz-Außenpolitik sah, genießt die eigentliche Außenpolitik in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit.**

31 | Japans durchschnittliche Entwicklungshilfe in der Gruppe der DAC-Länder beträgt nach wie vor ca. 20 Prozent. 2010 betrug diese (in Preisen von 2006) 7.812 Mio US-Dollar und lag damit um 7,9 Prozent unter dem Vorjahresbetrag. Vgl. Munzinger-Archiv, *ICH-Länder aktuell* 19/11, Wirtschaft A-5.

Bei der Friedenspolitik allgemein, und dazu zählen ein Eintreten für weltweite Abrüstung ebenso wie konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Nichtverbreitungsregimes, gibt es durch Japans Annäherung an die NATO bereits erste und optimistisch stimmende Anzeichen für ein effektives Zusammenwirken beider, aus völlig unterschiedlichen Strukturen der Außen- und Sicherheitspolitik stammender Wertepartner. Gerade im sicherheitspolitischen Bereich kann ein systematischer und zielorientierter Ausbau von Dialogstrukturen helfen, weitere Felder für eine indirekte Kooperation zu definieren. Der Tatsache, dass beide „Zivilmächte“ einen durchaus vergleichbaren Diskurs über politische (und das heißt hier ausdrücklich nicht genuin militärische) Einsatzmöglichkeiten des Militärs führen, sollte zum Nutzen beider wie auch potentieller Dritter noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

**Auch die Ökonomie bietet Raum für Kooperation zweier „gleichgesinnter“ Partner, gerade weil sie unterschiedlichen Bündnissystemen angehören.**

Im ökonomischen und finanzpolitischen Bereich gibt es ebenso hoffnungsvolle Anzeichen. Sowohl Deutschland als auch Japan sind an einem stabilen Euro interessiert. Ver-

gleichbar mit der oben erwähnten sicherheitspolitischen Diskussion bietet auch die Ökonomie Raum für Kooperation zweier „gleichgesinnter“ Partner, gerade weil sie unterschiedlichen Bündnissystemen angehören. Der Katalog potentieller deutsch-japanischer Kooperationsfelder ließe sich noch fortsetzen. Es sei hier nur beispielhaft hingewiesen auf allgemeine Bereiche wie Sicherheitsratsreform und Energiepolitik, aber auch konkrete Herausforderungen wie Nahostkrisenbewältigung, Russland- und Chinapolitik.

Aufgrund der Dreifachkatastrophe von Fukushima am 11. März dieses Jahres hat die energiepolitische Debatte in Japan eine schmerzliche Aktualität gewonnen. In diesem Zusammenhang gewinnt eine realpolitische und zukunftsorientierte Russlandpolitik Tokios eine neue Bedeutung. Es gibt nicht viele Politikbereiche, bei denen sich so offensichtlich die Interessen beider Länder in nahezu idealer Weise ergänzen können. Russland ist Nachbar Japans und auch in Deutschlands erweiterter Nachbarschaft. Die Bereitstellung von Techniken zur Nutzung seiner Energieresourcen, gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Förderung und Festigung demokratischer Strukturen, die Entwicklung

einer auf gegenseitiger Achtung und Vertrauen gegründeten „strategischen“ Partnerschaft (mit Blick auf die inflationäre Nutzung dieses Begriffs erscheint er im Falle Deutschland-Russland-Japan wohl im höchsten Maße gerechtfertigt) sind Ziele, an deren Verwirklichung kaum zwei Länder ein so großes Interesse haben können wie Deutschland und Japan.

So ist zu bilanzieren, dass die relativ hohen Hürden für eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen aus der Zeit der festen Blöcke des Kalten Krieges heute an Relevanz verloren haben. Die Globalisierung stellt zwar erhöhte Anforderungen gerade an „zivile Mittelmächte“, bietet aber auch sehr viel mehr Möglichkeiten, allgemeingültige Ziele zu definieren und komplementäre bzw. kooperative Strategien zu ihrer Erreichung zu entwickeln. Für eine Wertepartnerschaft der beiden Länder Deutschland und Japan bietet die Zukunft daher weit mehr zukunftsorientierte Möglichkeiten, als sich Eulenburg 1861 je hätte erträumen können. Und natürlich sind heute völlig andere Beiträge zum Wohle der internationalen Gemeinschaft denkbar, als man es sich noch zu Beginn der Neuorientierung aus der Katastrophe des letzten Jahrhunderts vorzustellen wagte.